

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung: Geoblocking von urheberrechtlich geschützten Inhalten in der EU	13
A. Geoblocking und Spannungen mit dem Binnenmarktziel – Ansatz der Arbeit	13
I. Zulässigkeit von Geoblocking von urheberrechtlich geschützten Inhalten in der EU	14
II. Gründe für Geoblocking von urheberrechtlich geschützten Inhalten – vereinbar mit dem Primärrecht der EU?	17
B. Grundkonstellationen beim Geoblocking von urheberrechtlich geschützten Inhalten	20
C. Technische Grundlagen von Geoblocking	25
I. Geolokalisation im Internet	26
1. Geolokalisation anhand der IP-Adresse	29
a. Vergabestruktur von IP-Adressen	30
b. Routinginformationen und messungsbasierte Methoden	32
2. IP-Geolokalisationsdienstleistung	34
a. Erstellung von IP-Geo-Datenbanken	34
b. Umgehungstechnologien und Zuverlässigkeit der IP-Geolokalisation	36
aa. Umgehung von Geoblocking durch VPNs	37
bb. Umgehung von Geoblocking durch Smart DNS-Dienste	39
cc. Umgehungsdetektion	41
II. Ablauf von Geoblocking	42
III. Geoblocking aus Nutzersicht	44
D. Inhalte und Nutzungshandlungen	46

§ 2 Gründe für Geoblocking von urheberrechtlich geschützten Inhalten	55
A. Urheberrecht	56
I. Territoriale Lizenzierungsstrukturen	57
1. Vergabe von Nutzungsrechten jeweils nur an nationalen Urheberrechten und verwandten Schutzrechten	57
2. Interesse an territorialen Verwertungsstrukturen	58
a. Preisdifferenzierung zwischen nationalen Märkten	59
b. Spezialisierung auf nationale Märkte	60
c. Exklusivität in nationalen Märkten	62
d. Mögliche Vorteile für Endnutzer nicht entscheidend	62
II. Auslegung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe in Internetkonstellationen	64
1. Verfügbarkeit oder darüber hinausgehender Inlandsbezug	68
2. Kriterien zur Beurteilung des Vorliegens eines ausreichenden Inlandsbezugs	74
3. Schwelle für einen ausreichenden Inlandsbezug	75
a. Entscheidungen des BGH zum Markenrecht – „Wirtschaftlich relevanter Inlandsbezug“	76
b. Lokalisierung im urheberrechtlichen Kontext	78
c. Ausrichtung auf und Auswirkungen in einem Staat	79
aa. Ausrichtung einer öffentlichen Wiedergabe auf einen Staat	80
bb. Tatsächliche, nicht nur unwesentliche Auswirkungen wirtschaftlicher Art einer öffentlichen Wiedergabe in einem Staat	84
cc. Verhältnis von Ausrichtung und Auswirkungen bei der Beurteilung des ausreichenden Inlandsbezugs	85
(1) Ausrichtung (+), Auswirkungen (–)	88
(2) Ausrichtung (–), tatsächliche Auswirkungen (+)	91
(a) Ausrichtung für ausreichenden Inlandsbezug nicht zwingend erforderlich	92
(b) Weiteres Differenzierungskriterium: Zumutbarkeit von Geoblocking für Content-Provider	95

d. Zwischenergebnis	99
III. Motivlage: De-facto-Pflicht zum Einsatz von Geoblocking zur Vermeidung von Urheberrechtsverletzungen im Ausland	99
IV. Ausnahme: Lokalisierung der öffentlichen Wiedergabe durch spezielles Richtlinienrecht	105
B. Vertragliche Geoblocking-Absprachen	107
C. Andere Gründe	109
§ 3 Vereinbarkeit mit dem Primärrecht der EU	113
§ 4 Vereinbarkeit der Auslegung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe in Internetkonstellationen mit Art. 56 AEUV	115
A. Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit durch die Auslegung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe in Internetkonstellationen	115
I. Grenzüberschreitende Dienstleistung	115
II. Beschränkung durch die Auslegung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe	116
B. Rechtfertigung der Beschränkung	119
I. Verhältnis des geistigen Eigentums zu den Grundfreiheiten des AEUV	120
II. Spezifischer Gegenstand des Urheberrechts	121
III. Erforderlichkeit der Beschränkung zur Sicherung einer angemessenen Vergütung	125
1. Beurteilung der Angemessenheit der Vergütung anhand des wirtschaftlichen Werts der geschützten Inhalte	125
2. Berücksichtigung der wirtschaftlichen Vorteile einer territorial differenzierten Verwertung	128
3. Künstliche Marktabschottung als Grenze der Rechtfertigungsfähigkeit von Beschränkungen	131
4. Drohende Wohlfahrtsverluste ohne Abschottungsmöglichkeit?	135
a. Mutmaßlich drohende Wohlfahrtsverluste	137
aa. Verdrängung kleiner Content-Provider vom Markt	137
bb. Höherer Preis für Endnutzer aus Mitgliedstaaten mit weniger Kaufkraft	139

cc. Bedrohung der Produktionsfinanzierung kulturspezifischer Inhalte	139
b. Unklarheit über tatsächliche Auswirkungen	140
c. Verbleibende Modalitäten der (territorialen) Differenzierung	142
d. Keine ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse und keine spezifische Kulturförderung im Rahmen der Rechtfertigung zum Schutz des Urheberrechts	145
5. Künstliche Marktabstottung durch Auslegung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe in Internetkonstellationen	151
a. Marktabstottung	151
b. Künstlich oder natürlich vorgegeben	152
aa. Technologie	152
bb. Kulturelle Unterschiede	153
cc. Rechtsrahmen in den Mitgliedstaaten	155
(1) Urheberrecht	155
(2) Sonstiger Rechtsrahmen	158
6. Zwischenergebnis	159
C. Auslegung im Licht der Dienstleistungsfreiheit	160
I. Lokalisierung ausschließlich im Lizenzmitgliedstaat	160
II. EU-Sekundärrechtsakte stehen primärrechtskonformer Auslegung nicht entgegen	164
III. Art. 8 WCT erfordert keine Lokalisierung in mehreren Mitgliedstaaten	165
IV. Kein anderes Ergebnis aufgrund EuGH <i>Football Dataco</i>	167
D. Keine Beschränkung durch Vervielfältigungsrecht nach Art. 2 InfoSocRL 2001/29	168
I. Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit der Content-Provider	168
II. Beschränkung der (passiven) Dienstleistungsfreiheit der Endnutzer	170
E. Entsprechende grundfreiheitenkonforme Auslegung von Art. 6 InfoSocRL 2001/29	174
I. Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs durch Einordnung von Geoblocking in der EU als wirksame technische Schutzmaßnahme	175

II. Keine Rechtfertigung der Beschränkung zum Schutz von Rechten des geistigen Eigentums	175
§ 5 Vereinbarkeit lizenzvertraglicher Absprachen mit Art. 101 AEUV	179
A. Vereinbarkeit der Vergabe nur nationaler Nutzungsrechte mit Art. 101 AEUV	180
B. Vereinbarkeit von vertraglichen Geoblocking-Absprachen mit Art. 101 AEUV	183
I. Verbotene Vereinbarung nach Art. 101 Abs. 1 AEUV	184
1. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedsstaaten	186
2. Wettbewerbsbeschränkung innerhalb des Binnenmarkts	188
a. Inhalt und Ziel der Geoblocking-Absprachen	189
aa. Inhalt der beiden Verpflichtungsebenen von Geoblocking-Absprachen	189
bb. Verfolgte Ziele der Geoblocking-Absprachen	190
cc. Wettbewerbswidriger Zweck der Geoblocking-Absprachen	191
(1) Abschottung und absoluter Gebietsschutz als wettbewerbswidrige Ziele	191
(2) Keine anderen Beurteilungsmaßstäbe bei Internetsachverhalten	194
(a) Unterschiede in der Ausschließlichkeitsstellung bei körperlicher Verwertung und unkörperlicher Verwertung	194
(b) Entscheidung in der Rechtssache <i>Murphy</i>	199
(aa) Wettbewerbswidrigkeit von Vereinbarungen mit absolutem Gebietsschutz auch in Konstellationen unkörperlicher Verwertung	199
(bb) Abgrenzung zu <i>Coditel II</i> – Reichweite der Verwertungsrechte als entscheidender Faktor	201
(c) „Cross-border access to pay-TV“-Verfahren und Entscheidungen in der Rechtssache Canal+	205

Inhaltsverzeichnis

(aa) Verfahrensrechtlicher Hintergrund	206
(bb) Limitationen und verbleibende Fragen	211
b. Wirtschaftlicher und rechtlicher Kontext der Geoblocking-Absprachen	223
c. Zwischenergebnis: Geoblocking-Absprachen nach Art. 101 Abs. 1 AEUV mit Binnenmarkt unvereinbar und verboten	227
II. Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	227
III. Ergebnis	231
§ 6 Einordnung der Ergebnisse und Zusammenfassung	235
A. Einordnung der Ergebnisse – Keine Pflicht zum Geoblocking, keine Pflicht zur EU-weiten Wiedergabe	235
B. Zusammenfassung in Thesen	236
Literatur- und Materialverzeichnis	241
Literatur	241
Material	251